Ein Platz für zehn Gespanne wäre ideal

Die Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende zeigt dem Brugger Stadtrat, wie ein neuer Standplatz zu einer Win-win-Situation führen könnte.

Claudia Meier

In der Schweiz fehlen insgesamt 20 bis 30 Standplätze für die fahrenden Jenischen, Sinti und Roma. Plätze also, die sich als Winterquartier eignen. Auch im Sommer ist die Situation prekär, es fehlen etwa 50 Durchgangsplätze. Das zeigte im Mai der neuste Standbericht der Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende (die AZ berichtete). Schon lange wurde versucht, die Situation für die Schweizer Fahrenden bis 2022 zu verbessern. Geschäftsführer Simon Röthlisberger von der erwähnten Stiftung sagt nun, dass es unter anderem nicht vorwärtsgeht, weil das geeignete Terrain in vielen Kantonen fehlt: «Und wenn es vorhanden ist, steht der Platz für die Fahrenden in direkter Konkurrenz mit anderen Nutzungen.»

Das gilt auch für die Region Brugg. Christoph Bürgi von der kantonalen Fachstelle für Fahrende sagt: «Der Bedarf für einen weiteren Standplatz im Aargau ist vorhanden und wurde im kürzlich erschienenen Standbericht 2021 bestätigt. Als Fachstelle haben wir den Auftrag, den im kantonalen Richtplan festgehaltenen Bedarf umzusetzen und im Aargau einen weiteren Standplatz für die nationale Minderheit der Jenischen und Sinti zu realisieren.»

Einwohnerrat forderte, dass Stadtrat nochmals prüft

Ein Standort in der Region Brugg für zehn Gespanne wäre laut Christoph Bürgi eine gute Grösse. Dafür bräuchte es etwa 2000 Quadratmeter plus die nötigen Abstände zu Wald, Strassen und Gebäuden. Im Rahmen der öffentlichen Auflage der Nutzungsplanung der Stadt Brugg im Frühjahr 2018 war das Ausscheiden einer Spezialzone für einen Standplatz für Fahrende bereits ein Thema. Weil man das Potenzial für zusätzliche Arbeitsplätze sowie den Entwicklungsschwerpunkt Wohnen jedoch nicht gefährden wollte, konnte bei der Standortevaluation kein dauerhafter Standplatz für die Fahrenden ermittelt werden. Im Herbst 2019 wies der Einwohnerrat diesen Punkt mit 23:19 Stimmen zur Überarbeitung an den Stadtrat zurück.

Mitte April schrieb die Stiftung den Brugger Stadtrat an und machte wie in einer Einwendung vor zwei Jahren auf ihr Anliegen aufmerksam. Aus Sicht der Stiftung könnte das Ausscheiden einer Spezialzone für einen Stand- und Durchgangsplatz aufgrund der vorhandenen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten «eine ausgesprochene Win-win-Situation» ergeben.

Brugg bekommt Spielraum für eine neue Bauzone

Im Fall einer neuen Spezialzone für Fahrende erhielte die Stadt Brugg den Spielraum und die Garantie, jetzt oder in Zukunft 1,8 Hektaren neue Bauzone ausscheiden zu können. Da der Kanton die Platzerstellung finanziert und allfällige Betriebsdefizite übernimmt (inklusive dem Baurechtszins), geht die Stadt Brugg laut der Stiftung keine finanziellen Verpflichtungen ein und kann die Funktion als Regionalzentrum wahrnehmen.

Geschäftsführer Röthlisberger sagt: «Frau Stadtammann Barbara Horlacher hat uns im Juni 2018 zwar zu einer Einigungsverhandlung eingeladen. Aber für den Schutz der als nationale Minderheiten anerkannten Jenischen und Sinti müsste jetzt der nächste Schritt folgen – nämlich die Bereitschaft, Lebensraum für diese Menschen zur Verfügung zu stellen.» Die Stiftung habe keine spezielle Parzelle im Fokus, sondern sei offen bezüglich Areal für einen Standplatz auf dem Brugger Stadtgebiet. Der Stadtrat will den Einwohnerrat im Herbst über den Umgang mit dem Anliegen der Stiftung informieren.

Auf dem Durchgangsplatz «Freibad Heumatten» in Windisch dürfen höchstens zwölf Wohneinheiten halten. Bild: Alex Spichale (28. März 2018)

Ausländische Fahrende mussten wieder gehen

Windisch Der Durchgangsplatz beim Freibad Heumatten sei zu Beginn der Fahrendensaison (1. Oktober 2020 bis 30. April 2021) nur einmal benutzt worden, und zwar von einer vierköpfigen Familie im November, teilt Jonas Lüscher von der Abteilung Planung und Bau mit. Ab Februar nahmen die Anfragen zu. Im März/April waren elf Familien zu Gast in Windisch. Über die ganze Saison hinweg wurden der Gemeinde keine Schulbesuche von Kindern der Fahrenden gemeldet. Grösstenteils sei die Platzordnung gut eingehalten worden, so Lüscher. Im November wurde der Platz während zweier Tage von ausländischen Fahrenden besetzt, was laut Vereinbarung mit der Radgenossenschaft der Landstrasse und dem Kanton Aargau nicht zulässig ist. Mithilfe der Regionalpolizei Brugg sei die Situation sofort bereinigt worden. *(cm)*

Der Pump Track Wasserschloss ist ein beliebter Treffpunkt. Bild: zvg

Mit den Profis wird an der Sprungtechnik gefeilt

Pro Velo Brugg-Windisch bietet einen Pump-Track-Schnupperkurs an zu Beginn der Sommerferien.

Brugg Der Pump Track Wasserschloss ist sowohl Spielplatz als auch Trainingsmöglichkeit für Biker, Skateboarder oder Rollerfahrer. Die asphaltierte Anlage im Brugger Schachen hat sich in den letzten Jahren zu einem Treffpunkt für alle Altersgruppen entwickelt. Wer erinnert sich noch an den Pump-Track-Kurs vom letzten Jahr? Mehr als 20 Kinder waren begeistert und wollten gar nicht mehr aufhören. Aufgrund des grossen Zuspruchs wird auch dieses Jahr in Kooperation mit dem Verein Bikeattraktiv ein Schnupperkurs angeboten zu Beginn der Sommerferien am Dienstag, 6. Juli. Die Anzahl der Teilnehmenden (ab 8 Jahren) ist begrenzt. Daher ist eine rechtzeitige Anmeldung über die Website *www.provelo-brugg-windisch.ch* zu empfehlen. Dort sind auch weitere Informationen zu finden. *(az)*

Leserbriefe

Brugg-Windisch: Der Brei ist heiss

Stadt Brugg streckt die Fühler aus; Zentrum verändert sich erheblich
Ausgaben vom 5. Juni und 14. Mai

Die Exekutiven von Brugg und Windisch wollen bei der Entwicklung Stadtraum Bahnhof an den Erfolg der Vision Mitte anknüpfen. Dieser liegt unbestritten darin, dass es in diesem zerteilten Brei mit unterschiedlichen Eigentümern und Hoheitsgebieten überhaupt gelang, den Hochschulcampus in Brugg-Windisch zu etablieren. Ohne die Projektleitung durch die Stiftung Vision Mitte hätten wir heute keinen Campus. Daniel Kündig hatte uns von aussen den Weg dazu aufgezeigt. Nun kennen wir ihn, schreiten wir voran und setzen wiederum eine breit abgestützte und akzeptierte Projektleitung ein, um die Ziele übergeordnet verfolgen zu können und deren Umsetzung losgelöst von Wahlen und partikularen Interessen zu ermöglichen. Warum aber keine Fusion oder Eingemeindung? Die prägenden Entwicklungen im Kern der Region Brugg-Windisch werden uns noch über mehrere Jahrzehnte beschäftigen, durch eine Zusammenlegung erhielten sie überregional mehr Gewicht und die Umsetzungen würden vereinfacht. Brugg strecke zwar zaghaft die Fühler aus, ist zu lesen, aber selbst die AZ schreibt von Brunegg bis Mandach und von Thalheim bis Mülligen um den heissen Brei rum.

Dave Roth, Windisch

Happige Mehrkosten dem Totalunternehmer anlasten

Diverse Artikel zum Bau der Mehrzweckhalle in Hausen

Erneut legt der Gemeinderat Hausen zuhanden der Gemeindeversammlung vom 17. Juni Kreditabrechnungen vor. Bereits am 19. November 2020 wurde ein Verpflichtungskredit von 510 000 Franken für die Erdsondenheizung der Doppelturnhalle zurückgewiesen. Die Begründung der auf unklaren Grundlagen geplanten und vom Gemeinderat schwammig begründeten Kostensteigerungen wirft nach wie vor Fragen auf: Warum soll die Gemeinde für die auf 20 Erdsonden à 200 Meter ausgelegte (4000 Meter) Anlage für die auf 15 Erdsonden à 250 Meter reduzierten 3750 Meter Mehrkosten von 0,5 Mio. berappen? Auf die Doppelturnhalle entfallen 40% des installierten Heizwärmebedarfs – 60% gehen auf das Konto von zusätzlich an die Heizzentrale angeschlossenen Anlagen wie Küche, Gemeindesaal, Turnhalle, WC-Anlagen und Werkhof. Erstellt wurde offensichtlich eine üppige Nahwärmeversorgung mit 4 Wärmepumpen und 15 teilweise ausserhalb des Planungsperimeters gebohrten Erdsonden – kein privater Bauherr käme auf die Idee, Erdsonden ausserhalb seines Grundstückes abzutiefen. Dieser Totalunternehmer hingegen hat die Stirn, trotz 25% geringerer Erdsondenzahl die Mehrkosten für eine unnötig überdimensionierte Heizungsanlage samt Umgebungsarbeiten, Markierungen, Beleuchtung und Honoraren der Gemeinde verrechnen zu wollen. Naheliegend wäre gewesen, das Heizsystem zu redimensionieren und das Erdsondenfeld auf die Dimension des Planungsperimeters einzuschränken. Auch die Verwendung von Eigenstrom zur Warmwassererzeugung aus den gemeindeeigenen 115 kWp Fotovoltaiksystemen (Werkhof und Mehrzweckhalle) wäre eine kostengünstige Option gewesen, um die Aufblähung des Erdsondenperimeters zu vermeiden. Jedenfalls ist der Verpflichtungskredit für Mehrkosten von 510 000 Franken für Erdsondenbohrungen abzuweisen und die durch Fehlplanung des Totalunternehmers entstandenen Mehrkosten diesem selber anzulasten.

Reto Miloni, Hausen